

Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, den der Autor zum Friedensratschlag Kassel im Dezember 2004 gehalten hat, der aktualisiert wurde und in gekürzter Fassung in einer der nächsten Ausgaben des IKARUS erscheinen wird.

I.

Eine möglichst objektive, realistische Bewertung der Beziehungen zwischen der EU und Russland und deren möglicher Perspektiven für den europäischen Kontinent setzt zunächst die Beantwortung einiger Fragen voraus.

1. Was stellt die EU dar? 2. Wie wirken die USA- und die NATO-Politik auf die europäischen Prozesse ein? 3. Was ist Russland heute?

1. Zunächst zur EU

Die EU ist eine kapitaldominierte, d.h. von Großkonzernen beherrschte Union von inzwischen 25 europäischen Staaten. Sie expandiert mit ihrem neoliberalistischen Wirtschaftskurs gen Osten. Dabei vollzieht sich eine Verbindung des westeuropäischen mit dem neuen, sich entwickelnden osteuropäischen Kapital, entsteht ein neuer Machtfaktor. Die EU ist zurzeit vor allem als europäische Variante USA-dominiertes neoliberalistischer Globalisierung erkennbar. Ihrer Eigenständigkeit gegenüber den USA-Interessen sind gegenwärtig noch bestimmte militärpolitische und ökonomische Grenzen gesetzt. Mit ihrer Erweiterung könnte die EU angesichts der zu ihr in unlösbarem Widerspruch stehenden qualitativen Vertiefung des Integrationsprozesses zur einer losen Freihandelszone mutieren, die schwer zu lenken wäre. **Mit einem als »Verfassungsvertrag« deklarierten Reformpaket visieren Brüssel und insbesondere Deutschland deshalb eine neue Hegemonialordnung für Europa an.** Mit der EU-Osterweiterung vollzieht sich infolge der Niederlage des Sozialismus in Europa eine Revision entscheidender Ergebnisse des II. Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung. Dazu gehören der Sozial- und Demokratieabbau, die Festschreibung des Marktradikalismus, die Militarisierung

der Außen- und Sicherheitspolitik. All dies soll mit einer EU-Verfassung als politische Struktur festgeschrieben werden. Das »Nein« des Referendums in Frankreich und anderen Staaten macht diesen Plänen zunächst einen Strich durch die Rechnung. Man wird in Brüssel und anderswo zunächst auf der Grundlage des geltenden Niz-zavertrages weiterarbeiten können und nach Lösungswegen suchen. Chancen ergeben sich jedoch auch für all jene gesellschaftlichen Kräfte, die für ein anderes Europa und somit für eine andere EU, für gerechtere Integration, für ein demokratisches, friedliebendes und sozial gerechtes Europa eintreten.

Der EU-Elite geht es jedoch nicht nur um das EU - Europa, sondern auch darum, eigene Werte und eigenen Einfluss über Osteuropa hinaus auf Eurasien, die Maghrebländer und auf den Nahen und Mittleren Osten auszudehnen. Zielstrebig wirkt sie auch im Rahmen der USA- und der NATO – Strategie an einer »neuen Weltordnung« gegenüber direkten Nachbarn - Russland, Belarus, Ukraine, Moldova - mit der Orientierung auf Machtpositionen in einem »erweiterten Europa« oder in einem - wie es in den USA-Dokumenten heißt - »großen Europa«. Die USA orientieren offen auf eine »Integration der großen Schwarzmeerregion« in ein »einheitliches und freies Europa«. »

„Nach dem Fall der Berliner Mauer sind bereits 15 Jahre vergangen“, schreiben z.B. Ronald D. Asmus, leitender Mitarbeiter im German Marshal, Fund of the US und Bruce P. Jackson, Präsident des Project of Transitional Democracies (Übergangsdemokratien) in der Zeitschrift »Policy Review« (No. 125, Juni-Juli 2004) und meinen, es sei an der Zeit, »die Frage einer endgültigen Lösung aller »eingefrorenen Konflikte«, beginnend mit Transnistrien und abschließend mit Nagorny Karabach, zu unserer Priorität in den Beziehungen mit Moskau zu machen«. Damit würde der Westen die Basis für die Vollendung der dritten Etappe zur Schaffung eines »großen Europa« schaffen. In der ersten Etappe konzentrierte die Euro-Atlantische Gemeinschaft ihre Aufmerksamkeit auf die Integration Polens und der Vyshegrad-Vierergruppe (Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei). In der Zweiten erfasste dieser Prozess die osteuropäischen Länder im Bogen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. »Jetzt steht« – nach Auffassung der Verfasser - »die Aufgabe eine neue Region, die sich von Belarus im

Norden bis zum Ostufer des Schwarzen Meeres im Süden erstreckt, in ein »einheitliches Europa« einzubeziehen«.

In diesem Sinne sind auch die Worte des neuen NATO-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer zu verstehen, der erklärte: »Wir exportieren Sicherheit und unsere Werte in Regionen, die mit der Euroatlantik benachbart sind.« Dass die eigentlichen Probleme der EU mit ihrer Erweiterung und weitreichender Zielsetzung sich mit der Zeit zuspitzen, macht bereits jetzt nicht nur die Verlangsamung des Einigungsprozesses deutlich. Nicht allen EU-Mitgliedsstaaten gefällt eine spürbare Orientierung auf ein Kerneuropa großer Staaten – also Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Antirussische Vorbehalte aus der Vergangenheit behindern eine einheitliche EU-Strategie; auch die neuen EU-Mitglieder sind eher für eine Politik der Eindämmung gegenüber Russland. Frankreich, Deutschland und Italien bevorzugen eine Einbindung Russlands mit seinen Energieressourcen und seinem Riesenmarkt in eine Art strategische Partnerschaft. Nicht zuletzt erklärt sich Schröders Aktivität gegenüber China und Russland aus der strategisch bedeutsamen und schicksalhaften Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von den Rohstoffen und dem Außenmarkt vor allem im Osten.

Keine noch so positiven Wachstums- und Investitionsmeldungen über bisherige Ergebnisse der EU-Erweiterung können die vielen alten und neuen ökonomischen und sozialen Probleme verdecken, die sich mit der Umsetzung der EU-Rahmenbedingungen in den neuen EU-Mitgliedsländern weiter zuspitzen werden. Abgesehen davon, dass Brüssel in 50 Jahren des Bestehens der Europäischen Gemeinschaft es nicht vermochte, den Bürgern unseres Kontinents zu erklären, was unter einem »einheitlichen Europa« zu verstehen ist, erweist sich die EU auch heute schon aufgrund ihrer differenzierten ökonomischen Basis nicht als Einheit. Große Unterschiede gibt es zwischen Staaten der Eurozone und den anderen EU-Staaten, zwischen den 15 alten EU-Mitgliedsstaaten und den neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten, innerhalb der 15 EU-Staaten zwischen der BRD, Frankreich, BENELUX und Skandinavien einerseits und Spanien, Portugal, Italien und Griechenland andererseits. Eine große soziale Kluft besteht beispielsweise bei den durchschnittlichen Stundenlohnkosten (zwischen 27,- und 3,- Euro). Beträchtliche Differenzen

zeigen sich im Jahresdefizit und bei der öffentlichen Verschuldung. Negativ wirken sich das schwache Investitionsklima, die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit nach der Euroeinführung sowie die verschiedenen Wachstumsraten aus, wobei es aufgrund sinkender Exporte in die EU in der gesamten Region zum Rückgang des Wirtschaftswachstums kommen wird.

Die Erklärung von Till Backhaus, Agrarminister in Mecklenburg-Vorpommern, - »Wir haben ein einiges Europa, aber leider sind wir uns in Europa nicht einig« - ist repräsentativ nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die Gesamtsituation. Diese Feststellung gilt umso mehr, weil es neben der EU in der internationalen Arena auch andere gewichtige Komponenten gibt. In erster Linie handelt es sich dabei um die »Hand der USA« mit deren Streben nach einer unter US-amerikanischer Herrschaft zu schaffenden »neuen Weltordnung«.

2. Die Rolle der USA

Bezug nehmend auf den britischen »Guardian« vom 24. und 26. November 2004 (unter anderem auf den Artikel »Hinter der ›Kastanienrevolution‹ ist die Hand der USA erkennbar«; gemeint sind die Ereignisse in Kiew) schlussfolgert die französische »Liberacion«, dass die Vereinigten Staaten von Amerika alles tun, um die Wiederherstellung Russlands als Supermacht nicht zuzulassen. Der französische Experte für politische Strategie Gerard Schalian bemerkt, dass »wir gegenwärtig Zeugen einer klassischen Anwendung der amerikanischen politischen Taktik [sind], die als roll-back (Zurückrollen) bezeichnet wird«. Diese Taktik geht auf das Jahr 1952 zurück, als sich der damalige US-Staatssekretär John Foster Dulles für das Zurückrollen der Sowjetunion aussprach und darunter nicht nur ein einfaches »Zurückhalten« Osteuropas, sondern aktive Handlungen verstand. Schalian erinnert daran, dass die USA an Russland nicht nur als Verbündeter gegen internationalen Terrorismus, sondern auch bei der Regelung von Krisen interessiert sind, die sich z. B. mit der Herstellung von Kernwaffen in Nordkorea und im Iran verbinden; auch als Lieferant von Erdgas und Erdöl sei Russland wichtig; aber es solle sich nur als »Regionalmacht«

etablieren. Die USA, die ohne gleichwertige Rivalen geblieben sind, wollen keine Entwicklung neuer Gegenspieler zulassen.

Daher sehen sie für sich neue »Gefahren«, die von Europa, China und Russland ausgehen. Der »Guardian« schätzt offen ein, dass die Kampagne der Opposition in Kiew meisterhaft und raffiniert von US-amerikanischen Polittechnologen, Diplomaten und anderen Beratern im Auftrag der US-Regierung organisiert wurde. Sie verfügen über exakte Pläne zur Manipulierung des Verlaufs von Wahlkampagnen.

Das etwaige Schema solcher Pläne lässt sich anhand der praktischen - wenn auch nicht so recht gelungenen - Erfahrungen in den Achtzigerjahren in Polen oder in den vergangenen Jahren in der Republik Belarus, jedoch umso erfolgreicher umgesetzt in den »samtenen Revolutionen« in Osteuropa Ende der Achtziger- und Anfang der Neunzigerjahre und später in der Slowakei, in Kroatien, Serbien, Georgien und in der Ukraine nach übereinstimmender Einschätzung verschiedenster Experten und Beobachter wie folgt skizzieren:

- Mit Hilfe und Unterstützung verschiedener westlicher Fonds (u.a. Soros, des US-Nationalfonds für Demokratie, Vorsitzender Gershman) wird eine Opposition gesponsert.
- Man sucht eine Oppositionsführungsperson, die den USA bzw. ihren Verbündeten genehm ist.
- Vor den Wahlen erfolgt ein koordinierter Einsatz verschiedener Gruppen von Beratern als »Wahlbeobachter«.
- Bereits vor dem Wahlgang - wie z.B. jüngst in Belarus, in der Ukraine sowie in Adsharien - erklärt die Opposition die Wahlen für gefälscht, was auch in internationalen Medien umgehend aufgegriffen wird.
- Im Falle einer meist minimalen Wahlniederlage werden Menschenmassen auf der Straße und vor zentralen Parlaments- und Regierungsgebäuden mobilisiert (vor allem Jugendliche, insbesondere Studenten, intellektuelle Kreise und notorische Randalierer).
- Die legitime Macht gerät ins Aus. Westliche Staaten erkennen den Sieg der Opposition an bzw. mischen sich »vermittelnd« (wie in Kiew) offen ein, drohen mit Sanktionen.

- Die »Machtstrukturen« kapitulieren und gehen zur Opposition über, die an die Macht gelangt.

Eine wesentliche Rolle spielten in allen bisherigen Fällen US-Vertretungen, so z.B. ein Veteran ähnlicher Operationen in Mittelamerika, Botschafter Michael Kozak, in Belarus, Botschafter Richard Mayels in Belgrad, die US-Botschaft in Tbilissi. In Kiew erfolgte ein massiver Einsatz von Kongressabgeordneten, Politologen und ehemaligen hohen Beamten der US-Administration wie Zbigniew Brzezinski und Madame Allbright. Folgt man den Schlussfolgerungen des »Guardian«, sind weitere ähnliche Ereignisse nicht nur in Belarus und Moldova, sondern auch in Ländern Zentralasiens wie Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan, Tadshikistan, aber auch in Armenien und Aserbaidshan zu erwarten.

Die US-Weltherrschaftspolitik zerstört mit ihrem Vorgehen gegenüber ihren Verbündeten in Europa das Interessengleichgewicht. Sie können sich jedoch noch auf ihre – von der EU anstelle der USA noch nicht zu sichernde - Rolle als Verteidiger und Bewahrer der Interessen auch der europäischen Großkonzerne stützen. Sollte sich dies ändern und könnten aufgrund des US-Drucks die konfrontativen Positionen zwischen Russland und der EU abgebaut werden, wäre eine kapitaldominierte Zusammenarbeit beider Partner im neuen EU-Nachbarschaftsbereich möglich. Dies müssen jedoch erst die praktischen Entwicklungen und die mögliche Profilierung der verschiedenen Pole in der internationalen Arena (USA, Westeuropa, Russland, China, Indien, Lateinamerika) zeigen, denn zurzeit ist alles noch sehr im Fluss.

3. Was stellt Russland heute dar?

Wie in Russland selbst, so auch international steht heute wieder die »russische Frage«. Im heutigen Russland entwickelt sich ein politisches Regime mit den autoritären Zügen einer angestrebten starken Zentralmacht. Dieses Regime stützt sich auf eine eng mit der Beamtenbürokratie verwachsene Oligarchie; es gibt ein Zusammenwachsen von Business und Macht. Wir haben es mit einer Symbiose korrump-

piertes Bürokratie, spekulativen Kapitals und organisierter Kriminalität zu tun. Noch befindet sich Russland in einer Übergangsphase auf einem kapitalistischen Weg. Die Veränderungen im politischen Überbau vollzogen sich schneller als an der Basis in den Produktionsverhältnissen. Die Klassenstruktur der sowjetischen Gesellschaft wurde zerstört, eine neue soziale Struktur einer bürgerlichen Gesellschaft bildet sich erst heraus. Vertreter der Administration des Präsidenten haben maßgebliche Positionen im Rohstoffsektor (in den Vorständen z.B. von »Rosneft«, »Transneftproduct«, RAO-EES [Energiesysteme], »Gasprom«). Regierungsbeamte selbst bilden somit eine Art natürliches Monopol. Die fehlende Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Gerichtsbarkeit kann man vor diesem Hintergrund auch als von Putin beabsichtigte Stärkung des Staates in der chaotischen russischen Wirtschaft ansehen. Aufgrund ihrer Wirtschaftspolitik und insbesondere wegen des rigiden Abbaus sozialer Sicherheitssysteme aus der Sowjetzeit gerät jedoch die Regierung immer mehr unter Druck.

Die Relation von Reichen und Armen nach deren Einkünften wuchs von 1:13,8 im Jahre 1998 auf 1: 15 in diesem Jahr, obwohl die soziale Sicherheit nur ein Verhältnis von höchstens 1:8 zulässt. Zwei Drittel der Einkünfte des Staates kommen aus dem Rohstoffsektor, aber 70 Prozent der Steuern aus Löhnen der Bürger. 80 Prozent der Bevölkerung sind ärmer geworden, wobei die Armen in den letzten 10 Jahren zweimal ärmer geworden sind. Nur 20 Prozent sind in dieser Zeit reicher geworden, davon 2 Prozent um das Zehnfache.

Während die UNO Mitte der 80 Jahre als Empfehlung festlegte, dass ein Stundenlohn unter 3 US Dollar unzulässig sei, beträgt er in Russland heute 1,7 US Dollar, in den USA 16,4 US Dollar und in Mexico 4,5 US Dollar. Dabei stellt ein statistischer Durchschnittsarbeiter in Russland für 1 US Dollar Arbeitslohn dreimal mehr Produkte her als ein Arbeiter in den USA oder in Westeuropa. In diesem Zusammenhang ist auch der Hinweis auf die um das sechsfache niedrigere Arbeitsproduktivität in Russland nicht überzeugend, da der Arbeitslohn im Vergleich dazu um das zwölffache !! niedriger ist.

Innenpolitisch könnte man aufgrund der schwach entwickelten bürgerlichen Klassenstruktur, der schwachen Wirtschaft, der starken Bürokratieschicht und wegen seines Demokratiedefizits von einem bonapartistischen Regime im heutigen Russland sprechen.

Außenpolitisch bleibt Russland, wenn auch stark geschwächt und in unfreundlicher Umkreisung, ein selbstständiger Machtfaktor, der nicht in einen erweiterten Westen integriert werden kann und will. Russland betreibt gegenwärtig eine Art pragmatischer, eigene Interessen verfolgender »Realpolitik« - in Verbindung von Geopolitik und Geowirtschaft und unter Beibehaltung der wesentlichen Rolle des militärischen Faktors. Es sucht eine Konfrontation mit den USA zu umgehen und am »großen Schachspiel« (á la Brzezinski) unter Nutzung unterschiedlicher geostrategischer Interessen bis hin zu verschiedenen flexiblen Koalitionen teilzunehmen. Objektiv stellt sich dabei aufgrund der Widersprüchlichkeit und Unübersichtlichkeit der russischen Politik für viele Staaten und Politiker die Frage nach der Berechenbarkeit Russlands (Feind oder Partner).

Insgesamt werden somit das Wirken Russlands in der internationalen Politik, seine Kompromisse und sein Pragmatismus bestimmt sowohl von seinen derzeitigen Schwächen als auch vom Streben nach Wiedererlangung seiner imperialen Positionen. Den USA, der NATO und der EU geht es dagegen darum, ein starkes Russland nicht mehr zu zulassen und den eigenen Einfluss im gesamten postsowjetischen Raum auszubauen. Das Vorgehen der USA und der EU gegenüber Belarus, Moldova und jüngst gegenüber der Ukraine offenbarte mehr als deutlich dabei sich zuspitzenden Interessengegensätze.

Die NATO- und EU-Osterweiterung haben für Russland ernste Konsequenzen zur Folge (Verlust an Einfluss und ökonomische Einbußen). Der ehemalige Gorbatschow-Berater Tschernjajew schätzte in seinem jüngsten Buch »Gab es für Russland eine Chance? Dies ist die letzte!« die sowjetische Politik gegenüber den sozialistischen Ländern wie folgt ein: »Wir haben sehr schnell erkannt, dass es bei uns eigentlich eine wirkliche, zielgerichtete, kontinuierliche Politik gegenüber den ›Bruderländern‹, die uns so schnell davonschwammen, nicht gab. Es gab sie nicht. Wir sind sehr unvernünftig, sehr undurchdacht zur

voreiligen Entscheidung über die Einführung der harten Valuta in den ökonomischen Beziehungen gelangt. Und haben dabei selbst viel verloren - politisch wie ökonomisch. Wir haben im Wesentlichen aufgehört, uns dafür zu interessieren, was bei ihnen dort vor sich geht. Als eingedenk alter Zeiten einige Politiker aus Osteuropa nach Moskau mit der Absicht kamen, irgendwelche Ratschläge oder Hilfe zu erhalten, sogar unsererseits Einmischung erwarteten, haben wir ihre Appelle völlig ignoriert: Dies ist ja eure Sache und werdet selbst damit fertig. D.h. wir haben sie, offen gesagt, im Stich gelassen.« Dieses Zitat soll nicht nur für sich selbst sprechen, sondern macht auch einige Hintergründe für die heutige Situation deutlich. Entscheidend ist die Bestätigung dafür, dass es heute für Russland sehr kompliziert bleibt, anti-russische Vorbehalte abzubauen, partnerschaftliche Beziehungen mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten herzustellen, frühere - auch ökonomische - Positionen zurück zu gewinnen. Geostrategisch gilt dies angesichts der EU-Erweiterung durch Zypern und Malta auch in Richtung Naher Osten und Nordafrika.

Dazu kommt die Tatsache, dass 15 europäische Staaten mit einer Fläche von 8,3 Millionen Quadratkilometern außerhalb der EU bleiben – vor allem Russland, Belarus, die Ukraine sowie die Schweiz, Norwegen und Island – mit insgesamt 300 Millionen Menschen.

II.

Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und der EU bis zur EU-Erweiterung

Zwischen der EU und Russland entwickelten sich einerseits aktive Beziehungen. Auf die EU-Mitgliedsländer kommen 52 Prozent der Direktinvestitionen in Russland. Ca. 40 Prozent des Außenhandels Russlands werden mit der EU abgewickelt; wenn die neuen EU-Beitrittsländer aus Osteuropa hinzukommen, werden es über 50 Prozent sein. Russland exportiert zurzeit nach West- und Osteuropa zwei Drittel seines Erdgases und bis zu 50 Prozent seines Erdöls.

Es gibt den EU - Russland - Rat und andere Institutionen, über die viele Kontakte laufen. Doch all dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer wieder die Beziehungen von ernsten politischen und wirtschaftlichen Problemen gekennzeichnet werden. Nach Putins Worten versucht die EU-Bürokratie, Russland »die Arme auszurenken«. Im EU-Parlament wurde das Tschetschenien-Problem als unüberwindliches Hindernis für eine echte Partnerschaft der EU mit Russland bewertet. Sehr unzufrieden äußerte man sich über die Duma- und Präsidentschaftswahlen, über den Umgang mit den Medien, zum Vorgehen gegen Oligarchen wie Chodorkowskij und in jüngster Zeit zu Putins Plänen zur Stärkung der Zentralmacht.

Die EU forderte, Russland solle das 1997 in Kraft getretene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen »ohne irgendwelche Vorbedingungen« auch auf die neuen EU-Beitrittsländer (d.h. auch die 8 osteuropäischen Staaten) übertragen. Dies wurde von Russland u.a. mit dem Hinweis, dass die EU-Osterweiterung sich für Russland nicht negativ auswirken dürfe, abgelehnt. Für die Handelsbeziehungen sollen die gleichen Bedingungen gelten wie zwischen der alten EU Westeuropas und Russland. Russland fürchtete, dadurch aufgrund von Handelsbarrieren, lokalen Zöllen und Exportquoten Verluste in Höhe von bis zu 300 Millionen Dollar jährlich hinnehmen zu müssen. Westeuropa importiert Getreide aus Russland streng nach Quoten; Russland exportiert dagegen nach Osteuropa so viel Getreide wie möglich. Bei Gas, Erdöl und Elektroenergie sichert Russland den Bedarf Osteuropas zu 80-90 Prozent.

In der EU ist es jedoch Gesetz, dass nicht mehr als 33-40 Prozent dieser Rohstoffe aus einem Land importiert werden dürfen, um nicht in zu große Abhängigkeit zu geraten. D.h. Russland müsste bedeutend weniger an Getreide, Erdöl, Gas, Stahl, Düngemitteln und anderen Gütern verkaufen.

Bereits im Januar 2004 wandte sich Russland an die EU mit einer Liste von 14 Forderungen. Am 23. Februar des gleichen Jahres antwortete die EU - verbunden mit der Drohung die Aufnahme Russlands in die WHO zu verhindern - mit 17 eigenen Forderungen.

Zur Kritik Russlands an der EU gehören auch die ungenügende Beachtung der Konsequenzen der EU-Erweiterung für die Beziehungen

zu den neuen Nachbarn (Belarus, Ukraine und Moldowa), die einseitige Einmischung in den Moldawien – Konflikt sowie in die Entwicklung im Kaukasus und die Versuche, die GUS-Staaten untereinander und gegen Russland auszuspielen (ihre Entwicklung westeuropäischen Werten unterzuordnen), das Fehlen von perspektivischen Großprojekten für einen einheitlichen Wirtschaftsraum und eines gesamteuropäischen Sicherheitskonzepts, die Praktizierung einer Politik doppelten Standards.

Insgesamt wurden beiderseits recht drohende Erklärungen abgegeben. Für Russland gibt es auch andere Partner; es könnte sich bei einer weiteren - wenn auch relativen – Stabilisierung stärker auf seine eigenen Interessen und Möglichkeiten besinnen und einer EU-Partnerschaft (statt Partnerschaftrolle) offensiver entgegenzutreten. Entscheidend wird jedoch auch sein, inwieweit die Interessen sowohl der EU-Staaten als auch Russlands an vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen einer entspannenden Atmosphäre dienlich sein können.

Die weitere Gestaltung der Beziehungen wird auch davon abhängen, ob sich die EU als relativ selbständige Komponente gegenüber den USA und damit in einer Art Partnerschaft mit Russland profilieren kann.

Nicht nur in Bezug auf Russland, sondern generell gegenüber dem Osten und dem europäischen Kontinent und seiner Perspektive gilt es für die EU zu erkennen, dass Europa nicht allein die EU ist, sondern ein Kontinent mit gemeinsamer Kultur, gemeinsamem Raum und Wirtschaft - und dass Russland untrennbarer Teil dieses Europas ist.

III.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der Russischen Föderation nach der EU-Erweiterung

Zunächst steht der EU das wahrscheinliche Scheitern des Verfassungsvertrages bevor. Sie hat die Erweiterung auf 25 Mitgliedsstaaten

zu verkraften und die noch anstehenden Beitritte Rumäniens, Bulgariens, von Balkanstaaten sowie die Probleme des EU-Beitritts der Türkei bis 2007 zu lösen. Die Warnungen Prodis, Verheugens und des Vizepräsidenten des Europaparlaments Ingo Friedrich vor weiterer EU-Erweiterung bzw. vor einer »Überdehnung« der EU machen die Furcht vor größeren Schwierigkeiten deutlich. Die russische offizielle Seite verbreitet Zweckoptimismus. So erklärte Jastrshembski (Präsidentenbeauftragter der EU) am 8. September 2004 in Berlin, dass er Chancen sieht für einen europäischen Raum der Stabilität.

Am 27. April 2004 wurde zwischen der EU und der Russischen Föderation eine Vereinbarung über ökonomische Zusammenarbeit (in 15 konkreten Punkten auf 40 Seiten) getroffen.

Dabei geht es im Grunde um eine Teilnahme Russlands an der Gestaltung Europas - ohne seine Mitgliedschaft in der EU und der NATO - mittels des im Mai 2003 verkündeten Modells der so genannten »vier gemeinsamen Räume«: äußere Sicherheit, innere Sicherheit, Wirtschaft, humanitäre Sphäre (Kultur, Bildung, Wissenschaft). Am weitesten scheinen bisher die Verhandlungen zum gemeinsamen Wirtschaftsraum gediehen zu sein. Sein Kernstück ist eine so genannte Energieallianz. Allein die EU erhielt bisher 40 Prozent der Erdgas- und über 20 Prozent der Erdöllieferungen aus Russland. Laut Aussagen der Washingtoner Energiekonferenz wird Russland bis 2015 nach Saudi-Arabien weltgrößter Lieferant von Energierohstoffen. Dazu bedarf es jedoch einer umfassenden Modernisierung des Rohstoffsektors über den Technologie- und Kapitaltransfer, d.h. enormer Investitionen. Andernfalls kann Russland nicht gleichzeitig die Lieferungen in die EU und nach Asien sichern. Ein solches Modernisierungsprogramm benötigt einen Kapitaleinsatz von 85 Milliarden US-Dollar. Und all dies steht in einem untrennbaren Zusammenhang mit Putins Kampf gegen Separatismus und Korruption, für den Abbau von Auslandsschulden und staatlichen Subventionen (vor allem in der sozialen Sphäre) mit Privatisierungen, neuem Steuerkodex, dem Beginn der Bankenreform u.a. Putins Säulen sind Energie, Rüstung, Transport, Banken unter staatlicher Kontrolle und ohne ausländische Eigentümer in diesen Bereichen. Auf Russlands Energiesektor entfallen 40 Prozent der Steuereinnahmen, 55 Prozent des Exportgewinns, 20 Prozent des Wirtschaftspotenzials Russland.

Im Bereich der äußeren Sicherheit geht es um Fragen der Zusammenarbeit mit der EU in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen. Russland und andere ehemalige Sowjetrepubliken sind in diesem Bereich mit der Bereitstellung von Luftraum und Territorium für NATO-Transporte - z.B. nach Afghanistan - der NATO bereits sehr weit entgegengekommen. Der Handel mit Waffen, die Modernisierung der Rüstung und darüber hinaus eine neue Runde des Wettrüstens sind nicht zu übersehen. Im Bereich innere Sicherheit geht es faktisch um die Schaffung eines gemeinsamen Rechtsraumes, was verbunden ist mit einer gegenseitigen Annehmbarkeit der Rechtssysteme.

Die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien für Justiz und Inneres der EU und der Russischen Föderation beinhaltet auch solche Fragen wie die Auslieferung von Terroristen seitens der EU an Russland und die Narkotika - Aggression über Russland in die EU. (In 8 Monaten des Jahres 2004 wurden in Russland 23.000 Drogenvergehen festgestellt, 27 Tonnen Narkotika beschlagnahmt und 30 Lager mit Drogenmitteln ausgehoben. Allein aus Afghanistan illegal eingeschmuggelte 5.000 Tonnen Drogenpflanzen und 500 Tonnen Heroin wurden entdeckt.) Die mit all diesen Fragen, mit der Grenz- und Zollkontrolle, mit der durchzuführenden administrativen Reform verbundenen Maßnahmen erfordern beträchtliche finanzielle Mittel. Russland setzt auch hier auf entsprechende EU-Hilfe.

IV.

Die aktuelle Situation in den Beziehungen zwischen der EU und Russland und deren Hauptprobleme

Das Gipfeltreffen EU - Russland in Den Haag stand im Zeichen noch vieler ungelöster Probleme, des Aufeinanderprallens verschiedener Interessen und der Situation in der Ukraine. Bei ihrem Treffen im März dieses Jahres vereinbarten die Staatschefs Spaniens, Frankreichs, Deutschlands und Russlands als abschließenden Termin für den Gipfel Russland - EU in Moskau den 10. Mai 2005. Spanien,

Frankreich und Deutschland rechnen mit Russland beim Aufbau eines »großen Europa«. Chirac meinte, man könne gemeinsam eine Schicksalsgemeinschaft schaffen. In Kommentaren wurde hervorgehoben, dass man die Spannungen bezüglich Tschetscheniens, der Ukraine und der Menschenrechte abgebaut habe. Man habe sich auch über den Iran und über die Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China verständigt, zu der sich der russische Enthusiasmus (nicht zuletzt wegen seiner umfangreichen militärischen Zusammenarbeit mit China) in Grenzen hält. Putin unterstrich sein Bestreben, mit Hilfe seiner Kollegen seine ökonomischen und politischen Ziele erreichen zu wollen, und sprach sich für einen prosperierenden Kontinent ohne Spaltungen und für eine dauerhafte Assoziation in Europa aus. Am 10 Mai wurde in Moskau beim 15. EU – Russland - Gipfel ein über fünfzigseitiges Dokument – eine »road map« - für vier Hauptrichtungen einer Annäherung der EU und Russlands zu einer »strategischen Partnerschaft« unterzeichnet. Das Paket besteht aus vier Abkommen über intensivere Beziehungen in Wirtschaft, Inneres und Justiz, äußere Sicherheit und Wissenschaft, Bildung, Kultur. Es hat jedoch keine juristische Kraft und keinen verpflichtenden Charakter. Es ist vielmehr eine »Wegbeschreibung«, eine Absichtserklärung mit vereinbarten Prinzipien. Die Abkommen müssen erst mit konkretem Inhalt gefüllt werden, damit das Dokument bis 2007 das bis dahin auslaufende und bereits jetzt veraltete Abkommen zwischen der EU und Russland über Partnerschaft und Zusammenarbeit aus dem Jahre 1994 ersetzen kann.

In den Wirtschaftsbeziehungen setzt Brüssel unter anderem auf erweiterte Rechte, auf die Effektivität der EU in Russland und die Aufhebung von Kosten für Transitflüge über das Territorium Russlands. Russland rechnet mit Erleichterungen in den Handelsbeziehungen, mit der Reduzierung bzw. Abschaffung von Zöllen für Energieträger (Der Energiebereich wird jedoch in Brüssel als ein Faktor eigener »Versorgungssicherheit« sehr sensibel behandelt.), mit größeren Auslandsinvestitionen und gemeinsamen Projekten im Bereich der Infrastruktur.

Auf dem Gebiet der inneren Sicherheit betonte Putin Russlands Ziel eines vereinten Europas ohne Trennungslinien, die Öffnung der Grenzen und die Visafreiheit für Bürger der Russischen Föderation und der EU. Die EU besteht ihrerseits besonders auf der Achtung der Men-

schenrechte, auf freien Medien, auf einem Vertrag über die Verpflichtung Russlands zur Rücknahme aller illegalen Migranten, einschließlich derjenigen aus dritten Staaten. Der Moskauer Gipfel vermochte diese Probleme nicht zu klären. Für Russland, das übrigens die längste Landesgrenze der Welt hat, ist die Erfüllung dieser Forderungen mit großen rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Konsequenzen für die Sicherung seiner Grenzen verbunden, auch bezüglich der Verträge mit anderen GUS-Staaten (mit denen Visafreiheit bzw. vereinfachter Grenzverkehr besteht) und der Ausgaben für die Rückführung illegaler Migranten in ihre Heimatländer. Zu diesem Bereich gehören auch Festlegungen zum Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität, Forderungen nach endgültiger Regelung territorialer Streitfragen und die Unterzeichnung von Grenzverträgen zwischen der Russischen Föderation und den baltischen Staaten. Letzteres erweist sich angesichts der derzeitigen Positionen der baltischen Staaten gegenüber Russland als besonders kompliziert. Beim Thema der äußeren Sicherheit geht es um eine Kooperation bei der Regelung von Konflikten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Die Orientierung auf einen »gemeinsamen Raum« in diesem Bereich erscheint recht abstrakt, zumal die Sicherheit der EU nicht von der EU, sondern durch die NATO gewährleistet wird, die sich immer näher nach Russland hin erweitert. Der NATO- und EU – Ring um Russland besorgt Moskau ebenso wie die fehlende Bereitschaft der EU zur praktischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Im Bereich Forschung und Bildung vereinbarte man den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen.

Nicht nur im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine hat sich die Kritik der EU in Richtung Russland verschärft. Es ist auch kaum anzunehmen, dass es der EU wie der NATO bei ihren doppelten Standards wirklich um Menschenrechte in Tschetschenien, in der Ukraine und um einen Kampf gegen den Terror geht. Denn auch für die USA ist der Terror »keine Weltanschauung«, sondern »eine politische Strategie zur Erlangung von Ressourcen und Macht« (vgl. »Der Krieg der Monologe«, Institut für US-Außenpolitik, Februar 2002, Projekt »Zentralasien in der Strategie und operativen Planung der USA«). Es geht vorrangig um ein weiteres Einkreisen und Zerfleddern nunmehr der Russischen Föderation und des gesamten postsowjetischen Rau-

mes. Hinter der Entwicklung im Nordkaukasus stehen US-Pläne zur Bildung eines separaten Staates.

Die EU wendet sich gegen die Verwaltungsreform des Kreml, mischt sich unter dem Mantel der Ablehnung imperialer russischer Ambitionen aktiv in die Entwicklung der GUS-Staaten ein. Dort geht es dem Westen nicht um Demokratisierung, sondern um die Förderung einer prowestlichen politischen Orientierung gegen Russland - alles frei nach Brzezinskis Schachbrettspiel gegen ein mögliches erstarkendes Eurasien. Deutlicher Beweis dafür ist die skrupellose, offene Einmischung der USA und der EU in Belarus und in der Ukraine (von Georgien gar nicht zu sprechen). Die EU- und die NATO-Mitgliedschaft der osteuropäischen Staaten werden als Schirm gegen Russland gepriesen. Vieles geschieht in der Praxis im völligen Gegensatz zu offiziellen Erklärungen und Vereinbarungen. So erklärte die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen Benita Ferrero-Waldner, dass alles zu tun ist, »damit wenigstens die Ukraine auf unserer Seite bleibt«.

Angesichts dessen kann es nicht verwundern, dass die russische Begeisterung für die EU schwindet. Die EU zeigt eigennütziges Interesse an russischen Rohstoffen, beschränkt jedoch gleichzeitig die Vorzugsrechte für russische Produzenten, versucht Russland von seinen Märkten zu verdrängen, unterstützt massiv alle antirussischen Oppositionellen und Stimmungen in Mittel- und Osteuropa und in den GUS-Staaten. Russlands Führung ist bemüht, die Türen zur EU im eigenen Interesse nicht zuzuschlagen, selbst nicht angesichts des großen Sorgenkindes Kaliningrad. Der russische Außenminister Lawrow erklärte z.B. kürzlich: »Bei der Entwicklung der Partnerschaft mit der EU sind wir bereit, so weit zu gehen, wie die EU selbst bereit ist«. Gleichzeitig verstärkt Russland seine Aktivitäten in Richtung China und Japan. Erinnerung sei auch an den jüngsten Besuch Putins in Indien und an seine Kritik an jeglicher Orientierung auf eine unipolare Weltordnung, an der Doppelmoral des Westens.

Zusammenfassend stellen sich im Gefolge unterschiedlicher geostrategischer Interessen folgende Hauptprobleme in den Beziehungen zwischen der EU und Russland:

- Es gibt Unterschiede in den Wertevorstellungen.
»Europäische« Werte werden als »gemeinsame demokratische Werte« von der EU den Zentralisierungsreformen Putins entgegengestellt. Dazu kommen die Verurteilung der Gleichschaltung von Medien, eines beschränkten Pluralismus, der Anwesenheit russischen Militärs in Moldova und Georgien. Die EU will auch in Moldova und im Kaukasus eigene »Friedensoperationen« durchführen. Tschetschenien wird als Problem von der EU besonders aktiv genutzt.
- Russland betrachtet die Ukraine, Belarus, Moldova und Georgien als sein »nahes Ausland«. Die EU dagegen verfolgt eine eigene »Nachbarschaftsstrategie«, sieht z.B. die westlichen GUS-Staaten als von ihr dominierten gemeinsamen Wirtschaftsraum an.
- Russische nationale Minderheiten werden z.B. in baltischen Ländern diskriminiert (in Lettland 720.000, in Estland 420.000, in Litauen 200.000 Russen). Dabei geht es nicht um die Loyalität der russischen Bürger gegenüber den baltischen Staaten, sondern um die Anerkennung der Rechte dieser Menschen, zumal in den EU-Staaten doch einheitliche Rechte und Freiheiten gelten sollten. Ein großer Teil der russischen Bevölkerung lebt dort ohne Staatsbürgerschaft, ohne Stimmrecht, ohne Recht auf Einreise in andere EU-Staaten, auf Ausübung staatlicher Funktionen, ohne Anerkennung der russischen Sprache (d.h. völlig anders als z.B. die Finnen in Schweden oder die Ungarn in der Slowakei).
- Das Problem Kaliningrad ist zu lösen, bei dem es u.a. um ein Pilotprojekt für die Beziehungen EU - Russland geht - einschließlich eines »Fensters« für eine gemeinsame Grenzkontrolle und vereinfachter Regelungen für den Warenverkehr (zurzeit hohe Preise, komplizierte Ordnungen).
- Schengenregeln und russisches Interesse an Visafreiheit stehen sich entgegen.

- Russland wünscht die Unterstützung seines WHO-Beitritts durch die EU (die WHO-Beitrittsverhandlungen gestalten sich aber gerade mit der EU am schwierigsten; 150 Themen stehen noch aus).
- Russland strebt eine aktivere Teilnahme an der Schaffung gesamt-europäischer Verteidigungskräfte an.

Sowohl bei der EU als auch in Russland ist der Optimismus deutlich gemindert und mehr dem Prinzip » Du mir - ich dir« gewichen. In der politischen Elite Russlands wächst das Streben nach einem eigenen Weg, zumal das sklavisches Befolgen westlicher Rezepte, das Kopieren der ökonomischen und staatlichen Ordnung Westeuropas sich in Russland als untauglich erwiesen hat und der Wiederherstellung seiner Supermachtstellung im Wege steht.

Es geht also bei weitem nicht nur um Risse in einem noch nicht existierenden gemeinsamen Haus Europa, sondern um neue Trennungslinien auf dem europäischen Kontinent im Rahmen der Fortsetzung des Kalten Krieges, der Gegenüberstellung unterschiedlicher geostrategischer Interessen, zwischen Ost und West in veränderten Formen und mit angepassten neuen Methoden.

VI.

Einige Probleme der Linken in der EU und in Russland

Trotz einiger Fortschritte ist die Krise der Linken in Europa nicht überwunden. Bei allen ernstesten Meinungsverschiedenheiten scheint die Suche nach Gemeinsamkeiten zurzeit in Latein- und Mittelamerika weiter zu sein als in Europa. Mitunter beeinträchtigen bis hinein in die Friedensbewegung gegenseitige Vorbehalte, Unkenntnis über nationale Bedingungen und Traditionen aber auch Ambitionen das Zusammenwirken progressiver Kräfte in West- und Osteuropa. Oft fehlt es an Analyse und entsprechenden Konsequenzen aus der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses, der USA-Hegemoniepolitik

und zwischenimperialistischer Widersprüche. Eine eindeutige Auseinandersetzung mit der USA-Politik wird von einigen wenigen Vertretern der Linken sogar als „Antiamerikanismus“ gewertet.

Angesichts des 60. Jahrestages des Sieges über den Faschismus kommt es darauf an, dass die progressiven Kräfte unseres Kontinents objektive Bilanz der Entwicklung Europas in so wichtigen Fragen wie Frieden, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit ziehen und eigene Alternativen zu diesen Grundfragen erarbeiten.

Gegenwärtig vollzieht sich insbesondere in Deutschland ein Prozess der Annäherung und Verbindung linker Kräfte, um im Interesse der gemeinsame Ziele gegenseitige Vorbehalte abzubauen.

Es fällt Linken in West- wie in Osteuropa schwer ohne ständigen Meinungsaustausch eigene unterschiedliche Interessenlagen zu verstehen, was in besonderem Maße das Zusammenwirken erschwert.

Wenn eine andere Politik, ein anderes Europa als notwendig erkannt und für möglich gehalten wird, sollten in erster Linie die Linken, die Friedensanhänger sich für eine maximal breite Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte im Ringen um ein friedliches, sicheres und sozialgerechtes Europa engagieren.